



Finanzkrise? Haben WIR schon lange! Mehr Kohle heißt die Parole

Tarifrunde Länder 2009

Seit Jahren müssen wir uns anhören, dass kein Geld für Lohnerhöhungen da ist. Doch urplötzlich werden mehrstellige Milliarden locker gemacht, um Spekulationsverluste der Banken zu begleichen. 500 Milliarden für die deutschen Banker. Das ging im Schweinsgalopp durch den Bundestag. 5 Milliarden Steuergelder für die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) auch kein Problem. Aber das ist noch lang nicht alles. Wegen 30 Millionen Schulden sitzen Prinz von Baden die Banken im Nacken. Das Land bewahrt den Adel vor dem Ruin, kauft Schloss Salem und die von den früheren Schlossherren geraubten Kulturschätze für 60 Millionen ab. Für die ICE-Strecke

nach Ulm stellt das Land 950 Millionen zur Verfügung, obwohl die Bahn das locker aus ihren Rekordgewinnen finanzieren könnte. Und für Stuttgart 21 sollen mindestens 370 Millionen Steuermittel des Landes sinnlos vergraben werden. Und wenn sich einer der reichsten Männer im Land, Pharma-Merckle, an der Börse verspekuliert, dann stellt ihm Oettinger 1 Milliarde Staatshilfe in Aussicht.

500.000 für Landesbanker, Hartz-IV für TV-L-Beschäftigte

Die Bankmanager, die sich verzockt haben, bleiben in ihren Funktionen. Es wird nur darüber

debattiert, ob die Vorstandsgehälter bei der LBBW auf 500.000 Euro begrenzt werden sollen. Welch ein Zynismus, wenn man bedenkt, dass sogar ein Ingenieur mit drei Kindern beim Land durch den Absenkungstarifvertrag TV-L zum Hartz-IV-Aufstocker wird. Mit der EG 1 (1.325 Bruttolohn) wurde die niedrigste Lohngruppe des BAT um 27% abgesenkt.

Wenn uns in dieser Tarifrunde wieder erklärt wird, es sei kein Geld da, dann wissen wir, dass das nicht stimmt. Die aktuelle Verschleuderung von Milliarden Steuergeldern an die Reichen und Superreichen, sollte uns ermutigen, uns endlich unseren Anteil zu holen – durch Streik.

Wir schlagen folgende Forderungen vor:

- Anhebung der Monatslöhne, -gehälter und -bezüge um 350 Euro
- Nachbesserungen beim TV-L: Weg mit dem Leistungslohn, Abschaffung der Entgeltgruppe 1 (1.325 Bruttomonatslohn), keine Herabstufung bei Stellenwechsel und Folge-Arbeitsverträgen, Fortführung bzw. Wiedereinführung der Bewährungs-/Zeitaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Angleichung der Nettogehälter der Angestellten an die der Beamten
- Übernahme der Entwicklungsstufe 6 der Entgeltgruppen 9 - 15 des TvöD-Gemeinden
- Verlängerung des TV Altersteilzeit und garantierter Anspruch ab 55.
- Wiedereinführung des vollen 13. Monatsgehaltes als Weihnachtsgeld
- Statt Arbeitszeitverlängerung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Laufzeit des neuen Gehaltstarifvertrags bis Ende 2009 um zusammen und gestärkt mit den Beschäftigten bei Bund und Kommunen in die Tarifrunde 2010 zu gehen.
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die BeamtInnen

Sinkende Reallöhne

Seit Jahren sinken die Reallöhne der Landesbeschäftigten. Nach einer Lohnerhöhung von 1% im Mai 2004, gab es bis 2008 keine Erhöhung der Monatslöhne. Für 2006 und 2007 gab es nur geringe Einmalzahlungen. Gleichzeitig wurde das Urlaubsgeld gestrichen und vielen KollegInnen das Weihnachtsgeld gekürzt. Die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit des TV-L ist eine Lohnkürzung von 1,3% pro halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung. Im Januar 2008 erhielten die Landesbeschäftigten nur 2,9% Lohnerhöhung. Damit wird noch nicht einmal die offizielle Inflationsrate ausgeglichen. Und die Preise, für die Produkte, für die wir einen Großteil unseres Lohns ausgeben müssen, steigen viel schneller. Wir hatten in den letzten Jahren erhebliche Kaufkraftverluste, die endlich ausgeglichen werden müssen. Viele Kolleginnen und Kollegen wissen nicht mehr wie sie finanziell über die Runden kommen sollen. Stellen bleiben unbesetzt, weil niemand bereit ist auf TV-L-Niveau zu arbeiten.

Staatliche Umverteilung

Außerdem haben die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen dazu beigetragen, dass sich

die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland drastisch geöffnet hat. Die Vermögenden wurden durch vielerlei Maßnahmen entlastet (Wegfall Vermögenssteuer, Senkung Spitzensteuersatz, Senkung Kapitalertragssteuer, Senkung der betrieblichen Steuern) während gleichzeitig der Durchschnittsbürger und eigentliche Leistungsträger durch immer neue Belastungen für die Entlastungen der Vermögenden aufkommen muss: Mehrwertsteuererhöhung, Senkung der Pendlerpauschale, Abschaffung Eigenheimzulage, Erhöhung diverser anderer Steuern, Einführung von Studiengebühren.

Kurswechsel durchsetzen

Ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes müssen sich dafür einsetzen, dass auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anteil am Reichtum bekommen. Landesbeschäftigte dürfen nicht das Sparschwein der Nation sein. Wenn die Gewerkschaft hier keine Umkehr erreichen kann, hat sie ihre Existenzberechtigung verloren. Dass viele Mitglieder dies bereits so sehen, zeigt der drastische Mitgliederschwund bei ver.di und den meisten DGB-Gewerkschaften.

Viele Funktionäre argumentieren, dass der Organisationsgrad unter den Landesbeschäftigten für einen erfolgreichen Streik zu niedrig wäre. Der Organisationsgrad wird aber erfahrungsgemäß nur durch offensive Forderungen und einen ernstgemeinten Kampf erhöht. Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Für dieses Ziel haben wir uns im ver.di-Netzwerk zusammengeschlossen.

TVöD/TV-L sind Absenkungstarifverträge

TVöD und TV-L sind die größte Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegsgeschichte. Was ver.di hier ohne Kampf unterschrieben hat, sind Absenkungstarifverträge, die das Lohnniveau um 15% absenken. Für Kolleginnen und Kollegen mit Familie sind die Absenkungen noch weit höher. Im TV-L wurde die Arbeitszeit je nach Bundesland auf 39 bis 40,1 Wochenstunden erhöht. Und das allerschlimmste daran: Die ver.di-Führung verkaufte diese Tarifverträge als „Jahrhundertreform“ und „Meilenstein in der Tarifgeschichte“. „Keiner verliert etwas, viele Beschäftigte werden auch materielle Gewinne haben“, so hieß es in einer ver.di-Information zum TVöD. Inzwischen wissen wir: Keiner gewinnt etwas, alle verlieren verdammt viel.

Das *Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di* war von Anfang an gegen die Verhandlungen zum TVöD. In vielen Flugblättern und Offenen Briefen an die Bundestarifkommission haben wir unsere Ablehnung begründet. In unserer Broschüre TVöD nachgerechnet, haben wir sofort nach Abschluss des TVöD die Schönrechnerei der ver.di-Führung widerlegt und nachgewiesen, dass der TVöD ein Absenkungstarifvertrag ist. Diese Veröffentlichungen können auf unserer homepage nachgelesen und heruntergeladen werden:

www.netzwerk-verdi.de/16.0.html

Kommt zum nächsten Netzwerktreffen.

Lasst uns gemeinsam diskutieren, was wir für eine erfolgreiche Tarifrunde tun können.

Mittwoch, den 14. Januar
18.00 Uhr Kellerschenke

Gewerkschaftshaus,
Willi-Bleicher-Str. 20

www.netzwerk-verdi.de

Kontakt und V.i.S.d.P.: Wolfram Klein, Kirchberg 2, 73207 Plochingen,
Kontakt: stuttgart@netzwerk-verdi.de